

Haushaltsrede der Fraktion *WIR-Linke aus Mülheim* zur Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2010/2011 und des Haushaltssicherungskonzeptes am 07.10.10

Liebe Mülheimerinnen und Mülheimer,
Frau Oberbürgermeisterin, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen.

Um es gleich vorneweg zu sagen: Unsere Fraktion *WIR-Linke aus Mülheim* wird diesem Doppelhaushalt mit seinem Haushaltssicherungskonzept nicht zustimmen. Wir sind nicht bereit, diese sogenannte Sparpolitik mitzutragen. Sie wälzt die Folgen der Haushaltskrise der Kommune auf die Bürger und Bürgerinnen dieser Stadt ab. Mit „Sparen“ hat das, was hier passiert, überhaupt nichts zu tun, hier wird ein Begriff bewusst missbraucht, der in den Ohren der Bürger im einen positiven Klang hatte, wenn damit gemeint war, etwas auf die Seite zu legen. Heute aber wissen die meisten, wenn die Regierenden vom Sparen reden, kommt es darauf an, sein Portemonnaie fest zu halten.

Ich möchte gleich zu Anfang kurz einige Sätze zu dem Antrag der **neokonservativen Allianz von CDU, FDP und MBI** vom 31.08. zum Haushalt anmerken: Er kommt großspurig daher und endet äußerst anmaßend, indem jedem Ratsmitglied, das die Ziele im genannten Antrag nicht unterstützt, eine nicht „nüchterne“ Denkweise unterstellt. („jedes nüchtern denkende Ratsmitglied“).

Berauscht von Ihren Vorschlägen meinen Sie mit Standardreduzierung bei pflichtigen Aufgaben und durch Personalabbau könnte eine Haushaltskonsolidierung bis hin zum Schuldenabbau überhaupt erreicht werden.

Inzwischen ist dieser Antrag überholt, da sich quasi noch kurz vor Torschluss **eine schwarz-rote Krisenkoalition** zusammengefunden hat, um im Konsens den Mülheimer Haushalt durchzusetzen. Massive Personal-Kürzungen, Schließung des Styumer Freibades, Wegfall des MH-Passes, Erhöhung der Elternbeiträge in Tagesstätten und Offenen Ganztagschulen, um nur einige Punkte zu nennen, zeigen dass hier die Bürger dieser Stadt für die kommunale Finanzkrise zur Kasse gebeten werden.

Es ist der Kniefall vor der Bezirksregierung, die mit massiver Erpressung gegenüber der Kommune agiert. Das zeigte der Brandbrief der Bezirksregierung, die mit Auflösung des Rates drohte, unterschrieben von Herrn Olbrich. Das ist „**Olbrichkeitsstaatliches**“ Denken von SPD und CDU.

Die akute kommunale Finanzkrise, die auch unsere Kommune in die drohende Überschuldung treibt, ist kein Naturereignis, sondern **verschuldet von den gesellschaftlichen Machtverhältnissen** und

ihren tragenden Politikern, Parteien, Banken und Konzernchefs und Industrieverbänden.

Schon die Steuerentlastungspolitik gegenüber den Großkonzernen der damaligen Rot-Grünen-Bundesregierung hat zu drastischen Einnahmeausfällen in den Kommunen geführt, (das war die Agenda-2010-Politik, der wir auch das unselige Hartz IV Gesetz verdanken). Unter Beibehaltung der **Steuergesetzgebung von 1999 hätten die Kommunen 59 Milliarden Euro mehr in den Kassen.**

Alle etablierten Parteien hier im Rat tragen für diese Politik Verantwortung.

Seit vielen Jahren laden Bund und Land immer mehr Aufgaben und Ausgaben auf die Kommunen ab. Durch den Missbrauch und die Verletzung des Konnexitätsprinzips muss Mülheim 35 Millionen Euro jährlich aufbringen.

Selbst mit dem größten „Sparpaket“ in der Geschichte dieser Stadt kämen wir niemals aus der Verschuldungsschlinge heraus: Der Kassenkredit zur Liquiditätssicherung lag 2002 bei 63 Millionen und steigt bis 2013 auf 715 Millionen, das bedeutet eine Steigerung in 11 Jahren um das 11-fache! Von 2010 bis 2014 stehen z.B. Zahlungen von insgesamt 210 Mio. Euro **allein für Zinsen aus Liquiditäts- und Investitionskrediten an.** **Man kann also auch sagen – das ganze Sparpaket ist einzig und alleine da, um die Zinsen – nicht etwa Schuldendienste – sondern reine Zinsen an die Banken zu zahlen.**

Sehr geehrte Damen und Herren,
es wird immer wieder betont, dass diese Maßnahmen alternativlos seien, weil sonst der **Regierungspräsident ihre Umsetzung einfordert** und uns der „Sparkommissar“ droht. Die Logik, die von diesem öffentlich immens verbreiteten Druck ausgeht, muss doch einmal hinterfragt werden: Warum hat die Bezirksregierung als „Aufsichtsbehörde“ nicht beachtet, dass die Kommunen eine ausreichende Finanzausstattung erhalten, wie es die Verfassung des Landes NRW vorsieht? Warum hat sie nicht dafür gesorgt, dass das Konnexitätsprinzip („wer beschließt muss auch bezahlen“) eingehalten wird?

Hat sie darüber gewacht, dass wir den Verpflichtungen der Gemeindeordnung und der Landesverfassung, dem Gemeinwohl zu dienen, die kulturellen und sozialen Belange der Stadt zu sichern, nachkommen können? Warum hat die Aufsichtsbehörde nicht eingegriffen, als hier Kämmerer Bultmann im Einverständnis mit der Ratsmehrheit mit Zinsspekulationen versuchte, Kasse zu machen und prompt 6 Millionen einfach so verspekuliert wurden?

Ich sage: Einer solchen Erpresserpolitik, erst die kommunalen Kassen ausnehmen und dann mit den drastischsten Maßnahmen die Konsolidierung auf Kosten der Menschen fordern – einer solchen Politik muss man die Stirn bieten, anstatt sich unterzuordnen!

Die **Kosten und Lasten der Weltwirtschafts- und Finanzkrise** werden durch Bund und Land, Konzerne und Banken über die Kommunen an die Masse der Menschen weitergegeben. Das ist übrigens nicht so weit weg wie mancher denkt. Die Stadt Mülheim zahlt ganz direkt erheblich daran mit. Da die Stadt-Sparkasse und der Landschaftsverband Rheinland an der WestLB beteiligt sind und für die „Sanierung“ bezahlen müssen, muss die Stadt über eben diese beiden Institutionen mehrere **Millionen Euro für die Sanierung der WestLB** mittragen. Und was war bei der WestLB? Sie wurde nicht etwa unverschuldet in die Krise mit hinein gerissen – nein – hier wurde für Maximalprofite so hoch gezockt, dass schließlich alles zusammenbrach. Wie krank, dass dafür nun die völlig verschuldeten Kommunen zahlen müssen, während bisher Manager und verantwortliche Politiker schadlos daraus hervor gehen.

Mit der durch „Globalisierung“ und Weltwirtschaftskrise drastisch zunehmenden Massenarbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung, zunehmenden Geringverdienern und ungeschützten Arbeitsverhältnissen hat sich die **Armut** enorm beschleunigt. Kommunale Sozialleistungen, wie die Kosten der Unterkunft für Hartz IV Betroffene, Grundsicherung im Alter usw. steigen erheblich an.

Eine politisch bewusst gewollte Ausrichtung ist es, dass die Kommunen über die PPP-Politik weiter ausbluten. Die PPP-Politik ist eine Finanzfalle, die die Haushaltskrise der Kommunen verschärft. Sie ist nichts anderes als ein Bestandteil der Privatisierungspolitik, mit der wir schon negative Erfahrungen gemacht haben.

Wir geben Lebensqualität, kulturelle und sportliche Einrichtungen auf, schränken die hervorragende ehrenamtliche Arbeit in Vereinen ein – das ist doch keine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung!

Vor 2 Monaten sprach Frau Mühlenfeld von der Haushaltsverabschiedung als „Wert an sich“. So als würde der Inhalt völlig egal sein nach dem Motto: Hauptsache es wird gekürzt zu wessen Lasten ist zweitrangig. Der vorliegende Haushaltsentwurf mit samt seinem Haushaltssicherungskonzept wälzt die kommunale Finanzkrise auf die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt ab - in einem bisher nicht gekanntem Ausmaß. Die Giftliste ist Ihnen allen bekannt, und dies soll ein „Wert an sich“ sein? Man muss von seinen politischen Vorstellungen schon selbst so eingenommen sein, dass man die Realität nicht mehr wahrnimmt.

Da sprechen Sie, Frau Mühlenfeld gegenüber den Bürgern von „tabulosem Sparen“ und das erste was Sie machen ist, dass Sie Tabus aufstellen, wo auf keinen Fall gestrichen wird. Vor allem das strategische Stadtentwicklungsprojekt Ruhrbania darf nicht hinterfragt werden, dagegen ist es nachweislich ein Millionengrab, es subventioniert indirekt die Investoren, indem es die Baufelder mit Steuergeldern baureif macht. Dass mit dem Projekt 1000-1500 Arbeitsplätze entstehen sollen, war von Anfang an ein Märchen. „Ein Stadtquartier des gehobenen Standards“ soll

da entstehen, das wird die Mieten in der Innenstadt weiter nach oben ziehen, das Überangebot an Wohn- und Büroräumen wird erhöht und die vorhandene Innenstadtkrise wird sich weiter verschärfen. Das ist nicht im Interesse der Mülheimerinnen und Mülheimer.

Sie versuchen sich damit zu rechtfertigen, wie Sie es in Ihrem Statement bei den Bürgerforen sagen: Zitat: „Die Kommunalwahlen am 30.08.2009 haben mit einer deutlichen Mehrheit die amtierende Stadtspitze im Amt bestätigt“. **Damit verkennen Sie völlig die politische Realität.** Sie sind von 22% der wahlberechtigten Bürger dieser Stadt im Amt bestätigt worden, 78% der Bürger haben Sie nicht gewählt! Mehr als $\frac{3}{4}$ der wahlberechtigten Bürger dieser Stadt haben nicht für Ihre Politik gestimmt.

Unsere Fraktion *WIR-Linke aus Mülheim* unterstützt nach wie vor die Forderung nach einem Moratorium für die Ruhrpromenade, damit könnten tatsächlich Millionen eingespart werden. Es ist doch eine völlige Illusion, die Innenstadtkrise mit Ruhrbania zu bekämpfen. Es hat in der Innenstadt in Mülheim noch nie so einen umfangreichen Leerstand von Inhaber geführten Geschäften gegeben. Was hier stattfindet, ist eine unmittelbare verschärfte Auswirkung der Finanz- und Wirtschaftskrise, der Leerstand ist eine Folge des gnadenlosen Konkurrenzkampfes auf einem immer enger werdenden Markt. Die Kommunalpolitik trägt insofern ihren Teil dazu bei, indem sie Verkaufszentren wie z.B. Heifeskamp erst ermöglicht. Der Euro kann eben nur 1x ausgegeben werden und das Lohn- und Einkommensniveau ist bei der breiten Masse der Bürger gesunken in den letzten Jahren, und durch die massive Umverteilungspolitik der aktuellen Bundesregierung wird sich diese Situation noch weiter verschärfen.

Das sind die Wolfsgesetze der sogenannten freien Marktwirtschaft, die das Streben nach Maximalprofit als oberstes Prinzip hat. Das ist die Realität.

Das Haushaltssicherungskonzept ist eine einzige Streich- und Gebührenorgie, damit wird keineswegs die Handlungsfähigkeit der Stadt, geschweige denn die Zukunft gesichert.

Das ganze Projekt gleicht einer Selbstamputation bei wesentlichen und notwendigen Leistungen gegenüber den Bürgern dieser Stadt, vor allem bei Jugendlichen und Kindern, daher ist es geradezu grotesk von „Zukunft sichern und gestalten“ zu sprechen.

Mit einer Selbstamputation wollen Sie die Gehfähigkeit der Kommune aufrechterhalten.

Anstatt Personalabbau bei der Verwaltung muss mit Personaleinstellungen der **Ausbau** der Dienstleistung für den Bürger vorangetrieben werden. Der Arbeitsdruck der Beschäftigten erfordert eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, dadurch vermindert sich die Krankenquote, perspektivisch und gesamtgesellschaftlich ist dies auch wirtschaftlicher.

Wir fordern Prüfung, Verhandlungsaufnahme und Forderung nach einem Zins- und Schuldenmoratorium für die Kommunen, sowie Altschuldenregelung des Landes! **Nutznießer der kommunalen Finanzkrise sind die Sparkassen und Banken, die sich auch an den kommunalen Zinszahlungen zusätzlich bereichern.** Die kommunalen Zins- und Schuldenbezahlungen sind eine Art Dauerabo auf Profite für die Banken. Es ist ein Skandal, dass ausgerechnet von diesen Geldinstituten, die mit Milliarden Steuergeldern aus der von ihnen selbst produzierten Weltfinanzkrise gerettet wurden, keinerlei Beitrag zur Sanierung der kommunalen Finanzen gefordert wird.

Infolge der Weltwirtschafts- und Finanzkrise gab es eine wahre Flut von Zins- und Schuldenmoratorien für marode Banken und Konzerne – zum großen Teil auf Kosten der Steuerzahler. Wir sehen nicht ein, dass dafür jetzt die Kommunen bluten müssen!

Jeder, der ehrlich ist, wird zugeben, dass die Kommunen ihre Kredite niemals werden zurückzahlen können. Statt dies anzuerkennen und sie davon zu entlasten, werden sie zu jahrzehntelanger Zinszahlung, ständiger Umschuldung, neuer Kreditaufnahme – nur um Zinsen zu zahlen – gezwungen.

Es ist nicht einzusehen, dass bei fast sämtlichen sozialen und kulturellen Leistungen, die die Masse der Mülheimer Bürgerinnen und Bürger betreffen, „ohne Tabus“ gespart wird, die massiv steigende Zinsbelastung durch die Banken und die Sparkasse aber davon ausgenommen sein soll. **„Wir zahlen nicht für eure Krisenlasten“** – das ist ein massenhafter Slogan auf Demonstrationen in ganz Europa geworden. Und das muss auch die Leitlinie der Haushaltspolitik und der strukturellen Veränderungen in der Organisation der kommunalen Finanzen sein. **Die Verursacher der Krise sollen die Kosten bezahlen!**

Einem kleinen Teil der vorgeschlagenen HSK-Maßnahmen können wir auch zustimmen.

Die dringend notwendigen grundlegenden Veränderungen in der kommunalen Finanzsituation und der Umverteilungspolitik unserer Gesellschaft sind nicht durch Anträge hier und heute zu erreichen. Dazu ist eine breite gesellschaftliche kämpferische Opposition – parlamentarisch und außerparlamentarisch – notwendig. Dazu müssen vor allem die Menschen selbst aktiv werden, sich zusammenschließen. Wir fühlen uns den Interessen der einfachen Menschen, der Jugend, der städtischen Bediensteten, der Vereine usw. verpflichtet. In diesem Sinne werden wir den Haushaltsentwurf ablehnen und vor allem gesellschaftspolitisches, oppositionelles, kämpferisches Engagement verstärken.

Verstärken wir den Protest und den Widerstand gegen das Ausbluten der Kommunen!

Kein Haushalt, bevor nicht Hilfen und Finanzausstattung durch Land und Bund kommen – bieten wir dem Regierungspräsidenten die Stirn und schließen uns dazu mit anderen Kommunen zusammen! Setzen wir uns

für gesamtgesellschaftliche Veränderungen ein, indem wir dem Übel an die Wurzel gehen.

**Ich möchte mit einem Zitat von Albert Einstein schließen:
Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.**

Danke für Ihre Aufmerksamkeit